

1. Thema: Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer

Zu diesem Thema fehlen mir die Informationen, um eine sachverständige Stellungnahme abzugeben.

2. Thema: AO-SF-Verfahren

Nach unserer Auffassung führt das AO-SF-Verfahren grundsätzlich und erst recht im Förderbereich Sprache, nicht zu einer Etikettierung eines Kindes, sondern in erster Linie zu einer stärkeren Förderung und damit zu der Chance für das Kind, den Förderbedarf zu überwinden. Bei Feststellung des Förderbedarfs wird im Idealfall dem Kind die notwendigen Fördermaßnahmen zielgerichtet zugewiesen und dies führt in vielen Fällen (Ca. 2/3 aller Förderschüler Sprache verlassen die Förderschule während der Primarstufe meist in Richtung Regelschule!) zum Wegfall des Förderbedarfs.

Wichtig ist jedoch, dass AO-SF-Verfahren auch für Kinder mit Förderbedarf in der Regelschule durchgeführt werden; denn durch die pauschalierte Zuweisung von Ressourcen entstand auch ein pauschaliert angenommener Förderbedarf, was den zum Teil rasanten Anstieg der sonderpädagogischen Förderbedarfe an Regelschulen erklärt. Außerdem kann dort eine zielgerichtetere Förderung stattfinden bzw. erkannt werden, dass die Regelschule aufgrund der Schwere des Förderbedarfs nicht der richtige Förderort ist.

Stellungnahmen zu den Fragen der FDP

1. Bieten die von Frau Ministerin vorgestellten Eckpunkte für die Neuausrichtung der Inklusion Lösungsansätze auf die vorhandenen Probleme?

Nach unserer Auffassung gehen die Eckpunkte in die richtige Richtung, jedoch vielleicht sind die Lösungsansätze nicht mutig genug.

Zunächst sind auch wir der Meinung, dass die Anzahl der Inklusionsschulen (Schulen des gemeinsamen Lernens) reduziert werden müssen, damit die knappen, mittelfristig kaum vermehrbaren Ressourcen an Lehrern und Sonderpädagogen gebündelt werden können. Nur

dies ermöglicht, in den verbleibenden Schulen des gemeinsamen Lernens dringend notwendige Qualitätsstandards zu erreichen. Aus Sicht der Kinder mit Förderbedarf, die sich zurzeit in der Regelschule befinden, wäre jedoch eine stärkere Reduzierung der Anzahl der Schulen des gemeinsamen Lernens und zugleich höhere Qualitätsstandards sinnvoll. Landesweit sollten diese Schulen des gemeinsamen Lernens und die Förderschulen so verteilt sein, dass für jedes Kind mit Förderbedarf ein Förderort mit guter Förderqualität erreichbar ist. Eine gute Förderung des Kindes ist auch grundsätzlich wesentlicher als die wohnortnahe Beschulung, sofern die Beförderung der Kinder sichergestellt ist.

2. Was tragen Ihrer Ansicht nach die Förderschulen zum Gelingen der Inklusion bei?

Die Förderschulen sind momentan in der Regel – mit Ausnahme einiger weniger Regelschulen - für Kinder mit einem stärkeren Förderbedarf der einzige Förderort mit intensiver Förderung, der ihnen die Chance eines Schulabschlusses eröffnet. Der Schulabschluss ist jedoch meist die Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung. Der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung ermöglicht erst die Inklusion in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft. Wir sind für die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen. Es ist jedoch für das einzelne Kind eine Katastrophe in sogenannten, heute üblichen Inklusionsklassen mit sehr geringer Förderung beschult zu werden und damit deutlich geringe Chancen auf Inklusion in die Gesellschaft zu haben.

Gemeinsame Beschulung von Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen ist kein Selbstzweck und macht nur Sinn, wenn alle Beteiligten – insbesondere die Kinder mit Beeinträchtigungen davon profitieren.

3. Sind Sie der Auffassung, dass die UN-BRK eine Schließung der Förderschulen verlangen?

Nein! Die Förderschulen existieren auf der Basis des Artikels 5 Absatz 4 der UN-BRK und sind bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Förderung der Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen dem Niveau der jetzigen Förderschulen entspricht, notwendig. Es ist geradezu widersinnig, wenn – wie teilweise durch die Folgen des 9. Schulrechtsänderungsgesetz passiert - die Einführung der schulischen Inklusion zu einer verschlechterten Förderung und damit auch schlechteren Chancen der Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in der Gesellschaft führt.

Stellungnahme zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorbemerkung:

Als ehrenamtlicher Vorsitzender des Landesverbandes der Eltern und Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher e. V. sowie Sprecher des Elternbündnisses „Rettet die Inklusion und Vater eines ehemals sprachbehinderten Sohnes bin ich nicht in der Lage als „Sachverständiger“ alle Fragen zu beantworten. Auch die Vielzahl der Fragen, deren vollständige Beantwortung jeden Zeitrahmen sprengt und die zum Teil keinen Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkennen lassen, sind zumindest teilweise fragwürdig.

Zu Frage 1 -----

Zu Frage 2: Mittelfristig geht es zunächst einmal darum aufgrund der Knappheit der Ressourcen die Zahl der Schwerpunktschulen (jetzt Schulen des gemeinsamen Lernens) deutlich zu reduzieren und nicht darum, über eine gerade gescheiterte flächige Inklusion zu diskutieren.

Zu Frage 3: ----- deutliche kleinere Klassen und Doppelbesetzung

Zu Frage 4: -----Kooperationen von naheliegenden Förderschulen und Regelschulen

Zu Frage 5: -----Öffnung des Schulgesetzes für Kooperationsschulen (Förderschule + Regelschule) mit unterschiedlichen Lehrer/Schüler-Relationen

Zu Frage 6: -----

Zu Frage 7: -----

Zu Frage 8: -----

Zu Frage 9: -----

Zu Frage 1: -----

Zu Frage 11: -----

Zu Frage 12: -----

Zu Frage 13: -----

Zu Frage 14: Wichtig wäre es, die Verringerung der Qualität insbesondere der individuellen Förderung durch die in der letzten Legislaturperiode erfolgte Verschlechterung der Lehrer /Schüler – Relation bei den Förderschulen Sprache und ESE rückgängig zu machen.

Zu Frage 15: Der Fall Nenad scheint aus unserer Sicht ein bedauerlicher Einzelfall zu sein. Solche Einzelfälle werden in keinem System hundertprozentig vermeidbar sein. Die zuständige Förderschule ist in diesem Fall ihrer gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Nachprüfungspflicht nicht nachgekommen.

Zu Frage 16: Nach unserer Erfahrung sind auch kleine Förderschulen Sprache sehr wohl in der Lage eine hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung sicherzustellen. Darüber hinaus dienen auch derartige Schulen der Sicherstellung des Wahlrechts der Eltern.

Zu Frage 17: Ja, wenn die Stellen nicht mit voll ausgebildeten Sonderpädagogen besetzt werden können.

Zu Frage 18: Dies macht erst Sinn, wenn in der Regelschule ausreichende Inklusionsbedingungen vorherrschen.

Zu Frage 19: -----

Zu Frage 20: Ja, dies ist zeitgemäß, da für eine intensive Förderung von Kindern mit Förderbedarf in jeder Unterrichtsstunde ein Sonderpädagoge der entsprechenden Fachrichtung notwendig ist.

Zu Frage 21: Es ist insbesondere in Zeiten knapper Ressourcen sinnvoll, das nur bei Nachweis der Notwendigkeit der Förderung einem Kind zusätzliche Ressourcen zugeordnet werden.

Von daher sehen wir dieses Dilemma nicht.

Außerdem hat die pauschalierte Zuweisung von Ressourcen im Rahmen des regionalen Stellenbudgets dazu geführt, dass an Regelschulen die Zahl von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Emotionale und sozialen Entwicklung rasant angestiegen ist. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass dort keine AO-SF-Verfahren durchgeführt wurden, sondern der Förderbedarf auch „pauschaliert,, festgelegt wurde.

Zu Frage 22: Auch in den Regelschulen sollten für Kinder mit vermutetem Förderbedarf AO-SF-Verfahren durchgeführt werden, damit zielgerichtet und ressourcensparend nur Kinder mit tatsächlichem Förderbedarf möglichst intensiv gefördert werden.

Zu Frage 23: Basisvoraussetzungen sind kleine Klassen und Doppelbesetzung (Lehrer + Sonderpädagoge der „richtigen Fachrichtung“) in der Regelschule. Außerdem sollte das Gesundheitsministerium mit den Krankenkassenverbänden Regelungen treffen, damit Heilmittel, wie z. B. Sprachtherapie in Regelschulen erbracht werden können.

Zu Frage 24: -----

Zu Frage 25: -----

Zu Frage 26: Kampagnen halten wir nicht für sinnvoll, sondern die Bedingungen für Inklusion, insbesondere die Qualitätsstandards, müssen deutlich verbessert werden. Wenn dies geschieht, wird diese Verbesserung das momentan schlechte Image der Inklusion automatisch beseitigen.